

DER TAGESSPIEGEL



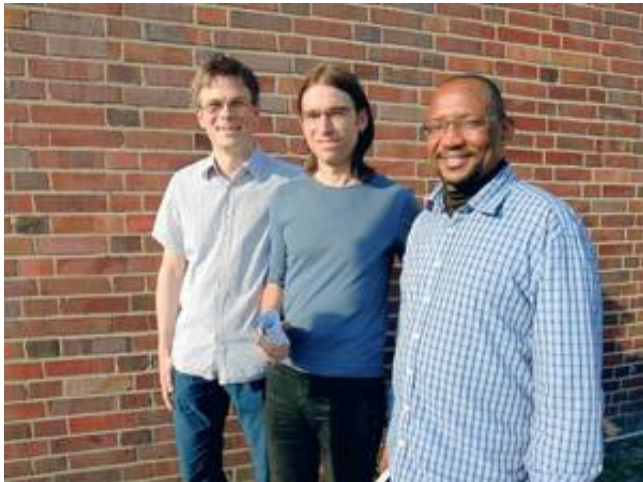
12.08.2014 22:18 Uhr

Schulen im sozialen Brennpunkt

Schöner streiten statt schöner lernen

von **Susanne Vieth-Entus**

Die Bürgerplattform wollte in Wedding eine exzellente Schule für Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen gründen. Warum diese Idee vorerst scheiterte? Die Initiatoren und die Bildungsverwaltung haben dazu ganz Unterschiedliches zu erzählen.



Bürgersinn. Rund 40 Gruppen und Vereine haben sich in Wedding und Moabit zur Bürgerplattform zusammengeschlossen. Auch Jens Wesendrup, Matthias Hofmann, Sonny Akpan (v. l.) sind... - FOTO: FRANZISKA FELBER

Jedes Jahr dasselbe Ritual: Schulen, die mangels Nachfrage eigentlich schließen müssten, bekommen Schüler zugewiesen, die woanders nicht mehr unterkamen. Was für Familien ein Schreckensszenario ist, **sichert den betreffenden Schulen das Überleben.**

„Mit uns nicht“, hatten sich Eltern der Bürgerplattform Wedding / Moabit gesagt und Ideen für eine eigene Schule gesammelt. Wie berichtet, scheiterte der Versuch einer Schulgründung zum kommenden Schuljahr. Am Dienstag berichteten die Bürgerplattform und ihre

Mitstreiter über die Gründe. Demnach ging es nicht nur um fehlendes Geld, sondern auch um eine fehlende Kooperationsbereitschaft vonseiten der Senatsverwaltung für Bildung – was diese allerdings bestreitet.

"Wir wurden zu einem externen Kooperationspartner herabgestuft"

„Der Kooperationswille der Bürgerplattform war nicht ausreichend vorhanden.“ Mit diesen Worten gibt Beate Stoffers, Sprecherin der Bildungsverwaltung, die Kritik zurück. Sie hebt hervor, dass der Bürgerplattform sogar die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Willy-Brandt-Schule in Gesundbrunnen vorgeschlagen worden sei. Dieses „Entgegenkommen“ habe der anderen Seite aber nicht ausgereicht.

Aus Sicht der Bürgerplattform klingt das allerdings anders. „Wir sollten zu einem externen

Kooperationspartner herabgestuft werden, der sich gegenüber einem bestehenden Kollegium hätte behaupten müssen“, benennt Elfi Witten den Hauptgrund für den Rückzug. Die ehemalige Sprecherin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes engagiert sich seit mehreren Jahren für die Bürgerplattform, die unter ihrem Dach rund 40 multikulturelle Gruppen und Vereine vereint, darunter Moscheen, Kirchengemeinden und Kitas.

Die Enttäuschung ist groß, schließlich waren die Organisatoren fest davon ausgegangen, in diesem Sommer anzufangen. Zwei Klassen mit rund 40 Kindern standen bereit, nun müssen alle betroffenen Familien neu planen. Dabei war man schon sehr weit gekommen, hatte mit dem Pfefferwerk auch einen erfahrenen Schulträger gewonnen, so dass man als freie Schule hätte starten können. Dieser Weg hat allerdings den Nachteil, dass nichtstaatliche Schulen rund 40 Prozent der Schulkosten selbst aufbringen müssen. Da die Bürgerplattform von ihrer Klientel aus Wedding und Moabit kein Schulgeld verlangen kann und will, blieb nur der Weg über Sponsoring, der allerdings schwierig ist. Deshalb hatte sich die Plattform so begeistert auf die Idee eingelassen, ihr Konzept in eine staatliche Schule einzubringen. Bis ihr klar wurde, dass unter staatlicher Trägerschaft nicht viel übrig bleiben würde von ihren Vorstellungen, zu denen auch eine bessere Personalausstattung gehört hätte.

"Eine Bankrotterklärung der Bildungsverwaltung"

Für Barbara John, die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ist es „unbegreiflich“, dass der Senat das Angebot der Plattform nicht angenommen hat. „Offenbar geht es um die Bewahrung des staatlichen Schulmonopols“, vermutet John, die im Scheitern der Verhandlungen eine „Bankrotterklärung“ der Bildungsverwaltung sieht. Die ehemalige Ausländerbeauftragte findet, dass Berlin „genau die richtige Modellstadt gewesen wäre, um eine solche Partnerschaft einzugehen“.

Die Bildungsverwaltung weist den Vorwurf, nicht kooperationsbereit gewesen zu sein, zurück. Man habe sich besonders viel Mühe gegeben, um sich zu einigen, betonte Sprecherin Stoffers mit Nachdruck. Immerhin habe man den Initiatoren angeboten, an einer staatlichen Schule zwei Klassen aufzumachen. Die Plattform sieht darin allerdings kein großes Entgegenkommen, da die Willy-Brandt-Schule seit Jahren unter einer extrem schwachen Nachfrage leidet und nur knapp der Schließung entging. Sie gehört damit zu genau den Schulen, auf die Kinder gegen ihren Wunsch verteilt werden, wenn sie andernorts keinen Platz bekommen haben.

Schulschließungen sollen kein Tabu sein

Dass das Thema der Restschulen in Berlin trotz Abschaffung der Hauptschulen noch lange nicht vom Tisch ist, weiß auch der Neuköllner SPD-Abgeordnete Joschka Langenbrinck. Er fordert, junge Lehrer mit Hilfe von „Brennpunkt-Zulagen“ an die schwierigsten Schulen zu locken. Außerdem dürfe auch die vorübergehende Schließung als „letzte Lösung“ kein Tabu sein, „wenn eine Schule für Eltern und Schüler über Jahre unattraktiv bleibt und andere Hilfe nicht erfolgreich war“.